

Antrag der Ratsgruppe – LUKS

im Rat der Stadt Krefeld

- öffentlich -



Ratsgruppe – LUKS
Rathaus Krefeld, Räume B 202 – 206
Von-der-Leyen-Platz 1
47792 Krefeld
Telefon: +49 21 51 / 86-4743 oder 4741
ratsgruppe-luks@krefeld.de

Vorlagennummer: ?

04.02.2026

Beratungsfolge	Sitzungstermin	Beschlussform
RAT	11.02.2026	

Anfrage Olympia- und Paralympics-Bewerbung

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wir bitten Sie um die Beantwortung folgender Fragen:

- 1.) Der Prüfauftrag Vorlagennummer 7512/25 zur Olympia- und Paralympicsbewerbung wurde am 01.04.2025 vom Rat erteilt unter der Voraussetzung, dass sich durch den Beschluss "keine finanziellen Auswirkungen" ergeben. Im Fazit wurde angegeben: "Die Klärung der finanziellen Grundlagen sowie die Einbindung der Bevölkerung ist dabei die Grundlage für einen nachhaltigen Erfolg". Wurden die finanziellen Grundlagen einer Bewerbung inzwischen geklärt?
- 2.) Die Einschätzung des Ministerpräsidenten Wüst wird in der Zeitung (WAZ) wie folgt wiedergegeben: "Der Ministerpräsident rechnet vorläufig mit Kosten in Höhe von 4,8 Milliarden Euro für Olympia. Dem könnten Einnahmen in Höhe von 5,2 Milliarden Euro gegenüberstehen."
 - a) wie kommt diese Kostenschätzung zustande, auf welche Positionen verteilt sich diese, für welches Jahr wird diese angenommen und unter welchen Kostenannahmen (Baukostensenkung?)?
 - b) wie sollen die Kosten zwischen Bund, Ländern und Kommunen aufgeteilt werden?
 - c) welche Gegenfinanzierung ist geplant solange Einnahmen (noch) nicht eingehen?
 - d) welche Annahmen und konkreten Positionen führen zu der Einplanung von 5,2 Milliarden Euro Einnahmen?
 - e) Welche Annahmen werden getroffen, wie sich voraussichtliche Einnahmen zwischen Bund, Land, Kommunen, IOC, Sponsoren und anderen aufteilen?
 - f) Welche konkreten Kosten und Umbaumaßnahmen sowie geplanten Infrastrukturmaßnahmen kommen auf Krefeld bei Bewerbung und Zuschlagserteilung zu?

- g) Inwiefern kann und darf die Stadt Krefeld Kosten übernehmen, wenn sie sich in der Haushaltssicherung befindet?
- h) Wie hoch werden die Kosten für Sicherheitsmaßnahmen bemessen - wird hier eine Steigerung durch die dezentrale Ausrichtung erwartet?
- 3) Wieviele "temporäre" Bauten und Ertüchtigungen sind geplant? Welche negativen Umweltauswirkungen (z.B. Baumfällungen) gehen mit diesen einher?
- 4) Wie ist die Anschlussplanung zum temporären Schwimmbad nach den Paralympics? Gibt es die Möglichkeit, die Baumaterialien in Kommunen mit hohem Schwimmbadbedarf z.B. zum Lehrschwimmbadbau weiter zunutzen?
- 5) Welche Maßnahmen planen Stadt und Land, steigenden Mieten und Zweckentfremdung von Wohnraum vorzubeugen?

Begründung:

Die Antworten sind wichtig für die Positionierung unserer Ratsgruppe für das Schreiben zum Bürgerentscheid zur Olympia-/Paralympicsbewerbung und relevant für viele Bürger*innen, die diese Information für ihre Entscheidungsfindung ebenfalls benötigen. Der Prüfauftrag sah die Klärung der finanziellen Grundlagen als Grundlage für einen möglichen Erfolg.

Begründung der Dringlichkeit:

Die Stellungnahmen der Ratsvertreter*innen muss spätestens bis zum 20.02. erfolgen. Hierfür werden oben genannte Informationen benötigt, da ansonsten z.B. eine Empfehlung einem Persilschein entspräche. Bilaterale Rückfragen an Stadt und Land wurden bislang nicht beantwortet. Die Ratssitzung ist die letzte Sitzung mit Zuständigkeit vor dem Fristablauf.

Gez.

Marcus Lamprecht
Ratsherr

Björna Althoff
Ratsfrau